



LANDKREIS ROSTOCK · Postfach 14 55 · 18264 Güstrow

StALU MM
Abt. 5 Immissions- und Klimaschutz
Dez. 51 / Herrn Dührkop
An der Jägerbäk 3
18069 Rostock



RÜCKFRAGEN | ANTWORTEN
Hauptsitz Güstrow
Ihr Zeichen
571.1.6.2VG-257
Unser Zeichen
66.0.1-51.10.10-13-599

Evelyn Hadler
Telefon: 03843 755-66250
Telefax: 03843 755-66804
Evelyn.Hadler@LKROS.DE
Zimmer 3.242

Datum 14.02.2023

Windenergieanlage Recknitz III - StALUMM - 571-1.6.2VG-257 **Errichtung von 2 WEA**

hier: bodenschutzrechtliche Stellungnahme

Antragsteller : eno energy GmbH
Straße am Zeltplatz 7
18230 Rerik

Ort: Knegendorf, Flur 1, Flurstücke 144 und 162

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit wurden durch die o.g. Behörde die vorgelegten Antragsunterlagen einschl. der Planänderungsunterlagen hinsichtlich erkennbarer Differenzen zum Bodenschutzrecht und bezüglich des Bekanntseins von Altlasten auf den angegebenen Grundstücken geprüft.

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Vorhabensgebiet nicht bekannt.

Gegen die Errichtung der 2 WEA auf der o.g. Fläche gibt es bei Beachtung der u.g. Auflagen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine Einwände.

Folgende **Auflagen** sind in den Genehmigungsbescheid zu übernehmen:

1. Der Flächenverbrauch ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.
2. Für die Errichtung der Anlagen, der Zuwegung und der Leitungsverlegung (Verkabelung) ist eine bodenkundliche Baubegleitung vorzusehen.
3. Das Konzept zur bodenkundlichen Baubegleitung ist vor Beginn der Baumaßnahmen hier zur Prüfung vorzulegen.
4. Das mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Unternehmen ist der unteren Bodenschutzbehörde vor Beginn der Baumaßnahmen schriftlich zu benennen.
5. Bei den Erschließungs- und Baumaßnahmen sind Verdichtungen, Verschlämmungen und Erosionen des Bodens sowie Fremdstoffeinträge in den Boden zu vermeiden.

BESUCHERADRESSEN

HAUPTSITZ
Am Wall 3–5
18273 Güstrow

STANDORT BAD DOBERAN
August-Bebel-Straße 3
18209 Bad Doberan

Telefon 03843 755-0
Telefax 03843 755-10810

BANKVERBINDUNG
Ostseesparkasse Rostock
IBAN DE58 1305 0000 0605 1111 11
BIC NOLADE21ROS

ALLGEMEINE SPRECHZEITEN
Di 8:30–12:00 | 13:30–16:00 Uhr
Do 8:30–12:00 | 13:30–17:00 Uhr
und nach Vereinbarung

INFO@LKROS.DE
INFO@LKROS.DE-MAIL.DE

6. Die während der Bauphase in Anspruch genommenen Böden sind nach Bauabschluss so herzustellen, dass die Bodenfunktionen wiederhergestellt werden.
7. Sollten Bodenschäden eintreten, sind diese nach Beendigung der Maßnahmen durch geeignete Rekultivierungsmaßnahmen zu beseitigen.
8. Während der Baudurchführung ist der Erhalt des Mutterbodens zu sichern.
9. Der Oberboden ist sachgerecht zwischenzulagern und wiedereinzubauen (DIN 18915, DIN 19731).
10. Die bauzeitlich in Anspruch genommenen Böden sind nach Bauabschluss so herzustellen, dass die Bodenfunktionen wieder hergestellt werden. Dabei sind ggf. eingetretene Bodenschäden wie Verdichtungen durch geeignete Rekultivierungsmaßnahmen zu beseitigen.
11. Die gesamte Anlage einschl. des Fundamentes und der Zuwegung ist nach Stilllegung vollständig zurückzubauen.

Begründung:

Windenergieanlagen beanspruchen Böden für die Anlagenfläche, die Zuwegung sowie die Anbindung von Stromkabeln. Neben diesen dauerhaft in Anspruch genommenen Bodenflächen werden während der Errichtung weitere Areale in Anspruch genommen. Dadurch gehen in diesen Bereichen wesentliche Bodenfunktionen verloren. Die Bodenfunktionen ergeben sich dabei aus dem § 2 Abs. 2 des BBodSchG¹.

Die WEA einschl. der Zuwegung werden in Bereichen mit überwiegend hoher und erhöhter Schutzwürdigkeit in der Bodenfunktionsbewertung und hochwertigen Böden (BWZ bis 48) errichtet. Aus diesem Grund wird eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB) für den Bau der WEA und die Verkabelung gefordert. Damit soll abgesichert werden, dass schädliche Bodenveränderungen durch die Baumaßnahme selbst, durch Zuwegungen, Lagerflächen und durch die Einrichtung der BE nicht entstehen können.

Grundsätzlich sind im Rahmen der Bauausführung aus Sicht des Bodenschutzes hauptsächlich Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung physikalischer Bodenbeeinträchtigungen vorzusehen. Diese sind durch Verdichtung der Böden z. B. durch das Befahren des Trassengeländes mit Baumaschinen sowie den Material anliefernden und abfahrenden Verkehr, aber auch durch Gefügestörungen im Rahmen von Auskofferungen und Umlagerungen zu besorgen. Entsprechende baustellenbezogene Maßnahmen sind im Konzept zur bodenkundlichen Baubegleitung zu beschreiben.

Alle Auflagen sollen sicherstellen, dass schädliche Bodenveränderungen und Einschränkungen der Bodenfunktionen durch den Betrieb der Anlage nicht auftreten werden bzw. nach Stilllegung der Anlage vollständig wiederhergestellt werden können.

Hinweise:

Sollte bei den Baumaßnahmen verunreinigter Boden oder Altablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle, Bauschutt etc.) angetroffen werden, so sind diese Abfälle vom Abfallbesitzer bzw. vom Grundstückseigentümer einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Diese Abfälle dürfen nicht zur erneuten Bodenverfüllung genutzt werden.

Gegen die Verwendung von Ersatzfüllstoffen aus zugelassenen Kiesgruben gibt es keine Einwände. Werden Materialien von ortsfremden Baustellen oder Flächen zur Verfüllung verwendet, ist die Schadstofffreiheit durch ein Untersuchungsattest eines zugelassenen Umweltlabors nachzuweisen.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 BBodSchG¹ Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen. Die Forderungen der §§ 10 bis 12 BBodSchV² vom 12.07.1999 (BGBl. I S.1554) sind zu beachten.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

gez. Hadler

¹ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502)

² Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. [1554](#))